

Herrn Gerhard Gebauer
Vorsitzender des Gemeindeentwicklungsausschusses
c/o Gemeinde Senden
Münsterstraße 30
48308 Senden



Zur Kenntnis:
Herr Sebastian Träger
Bürgermeister

Senden, 06.05.2019

und Herrn Klaus Stephan

Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Gebauer,

im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich Sie, im nächsten Gemeindeentwicklungsausschuss am 23.05.2019 den folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen:

Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Instrumenten (z.B. über Bebauungspläne, Stellplatzsatzung, städtebauliche Verträge, Investorenauswahl, Grundstücksverträge) der notwendige Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität, insbesondere auf Mehrfamilienhausgrundstücken sowie auf Parkplätzen in Wohngebieten und Gewerbegebieten, vorgebracht werden kann.

Wünschenswert wären folgende konkrete Maßnahmen und Regelungen:

1. Bei allen zukünftigen Baumaßnahmen für Mehrfamilienhäuser wird die Möglichkeit vorgesehen, an den Stellplätzen Ladeeinrichtungen für Elektroautos installieren zu können. Jeder Stellplatz soll mit einem entsprechenden Starkstromkabel oder zumindest mit einem Leerrohr versehen werden, damit der Mieter / Wohnungseigentümer auf seine Kosten dort eine Ladeeinrichtung (Wallbox, Typ 2 Standardladepunkt, Anschlussleistung 11 KW) einrichten kann. Die zentrale Elektroinstallation ist so auszulegen, dass zumindest bei 50 % der Stellplätze ein Ladepunkt möglich ist, der abrechnungstechnisch der Wohnung zugeordnet werden kann.

2. Entsprechend sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für Hausordnungen / Eigentümergeinschaften so zu gestalten, dass die Einrichtung derartiger Lademöglichkeiten ohne weitere Genehmigung der Miteigentümer / anderen Mieter unmittelbar möglich ist.
3. Bei allen öffentlich zugänglichen Parkplätzen in neuen Wohngebieten werden 20 % der Parkplätze für E-Autos reserviert, dort werden öffentlich zugängliche Ladesäulen bereitgestellt.
4. In Gewerbegebieten sollen bei den Parkplätzen der Arbeitnehmer ebenfalls 20 % der Parkplätze mit einer Ladesäule ausgestattet werden. Ideal wäre insbesondere hier die Kombination mit Photovoltaik, zum Beispiel als Solarcarport zum Laden tagsüber.
5. Die Gemeindeverwaltung stellt Informationen zur Förderung und Einrichtung von privaten Ladestationen zur Verfügung bzw. bedient sich hierzu Dritter.

Begründung:

Die Gemeinde Senden hat in ihrem Klimaschutzkonzept festgestellt, dass der größte Teil des CO₂ Ausstoßes durch den PKW -Verkehr verursacht wird und daher Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektroautos ersetzt werden sollten. Jüngste Veröffentlichungen der Automobilindustrie lassen hoffen, dass auch deutsche Automobilkonzerne kurzfristig bezahlbare Elektroautos werden liefern können. Ohne einen Umstieg auf Elektroautos sind die Klimaziele nicht zu erreichen.

Da insbesondere im ländlichen Raum der Individualverkehr vermutlich weiterhin eine erhebliche Bedeutung haben wird, ist es notwendig, eine entsprechende Ladeinfrastruktur aufzubauen. Die öffentlich zugänglichen Ladesäulen in der Gemeinde sind zwar hilfreich und sinnvoll für Besucher. Angesichts der langen Ladedauer an derartigen Säulen ist dies jedoch unzureichend und als ständige Lademöglichkeit nicht praktikabel.

Die Basis für jedes E-Auto ist eine Lademöglichkeit an der Wohnung bzw. auf dem Stellplatz oder in der Tiefgarage. Dies ist zudem mit Abstand die kostengünstigste Lademöglichkeit. Die Kosten für den Strom sind an öffentlich zugänglichen Ladesäulen in der Regel fast doppelt so hoch wie beim Laden am eigenen Stromanschluss. Im Idealfall sollte ein Elektroauto immer geladen werden können, wenn es länger parkt.

Die Anzahl der Elektrofahrzeuge wird in naher Zukunft stark zunehmen. Jedoch ist die Anzahl der Ladesäulen in Wohngebieten, in Mehrfamilienhäusern und am Arbeitsplatz bereits heute viel zu gering. In Münster z.B. sind öffentlich zugängliche Ladesäulen in aller Regel immer besetzt. Ohne eine ausreichende öffentliche und private Ladeinfrastruktur hat die E-Mobilität jedoch keine Chance.

Wichtig ist insbesondere die Möglichkeit, das Elektroauto über Nacht zuhause aufladen zu können. Das stellt bislang in Mehrfamilienhäusern im Regelfall ein großes Problem dar. Die nachträgliche Installation ist zwar technisch meist möglich, verursacht jedoch unnötige Kosten und ist aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage problematisch, da die Zustimmung der Miteigentümer bzw. des Vermieters notwendig ist. Leider gibt es bislang auch keine rechtliche Möglichkeit für Mieter / Eigentumswohnungsbesitzer, dies einzufordern. Daher ist die Nutzung eines Elektroautos bislang in der Regel ein Privileg der Besitzer eines Einfamilienhauses.

Um bei diesem Thema für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, muss die Möglichkeit des Zuganges zu Ladeinfrastruktur auch in Mehrfamilienhäusern und für Mieter bestehen. Die Installation entsprechender Leitungen ist mit sehr geringen Kosten verbunden, wenn dies primär vorgesehen ist. Daher ist es extrem wichtig, die Installationsmöglichkeit bei allen zukünftigen Neubauten jetzt vorzusehen und dies ist aufgrund der geringen Kosten den Investoren auch zuzumuten.

Auch im öffentlichen Raum müssen für Besucher Ladesäulen vorhanden sein. Auch dies ist kostengünstig möglich, wenn die Leitungen bereits im Zuge der Erschließung verlegt werden. Für die Installation von Ladesäulen gibt es Förderprogramme. Daher sollten neben Investoren im Wohnungsbau auch Gewerbebetriebe dazu verpflichtet / motiviert werden, eine entsprechende Ladeinfrastruktur auf Mitarbeiter- und Besucherparkplätzen vorzuhalten.

Die Verwaltung wird gebeten, die geeigneten Instrumente zum notwendigen Ausbau der Ladeinfrastruktur zu prüfen. Ziel sollte es sein, dass bereits für die Umsetzung des Plangebietes „Huxburg“ ein entsprechendes Instrumentarium vorliegt und Anwendung finden kann.

Mit freundlichem Gruß

Philipp Scholz
Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen
Jessener Str. 52
48308 Senden